



**ISRAELITISCHE RELIGIONSGEMEINSCHAFT
WÜRTEMBERGS (IRGW)**
Körperschaft des öffentlichen Rechts

IRGW · Hospitalstraße 36 · 70174 Stuttgart

Hospitalstraße 36
D - 70174 Stuttgart

Telefon 0711/228 36 - 24

Mobil

Fax 0711/228 36 - 31

E-Mail neuberger@irgw.de

Internet www.irgw.de

Unser Zeichen:

18. September 2018

9. Tischri 5779

Stuttgart, den
~~9. November 2012~~
~~24. Heshvan 5773~~

**Einseitige Rezeption des Nahostkonflikts
durch die Menschen in Deutschland – Stellungnahme der IRGW**

18. September 2018

Stuttgart, ~~9. November 2012~~ – Wir nehmen mit größter Sorge zur Kenntnis, dass der Konflikt zwischen Israeli und Palästinensern, der unglaubliches Leid über beide Völker gebracht hat und um den herum einer der akutesten Brandherde der internationalen Politik entstanden ist, in Deutschland zunehmend einseitig rezipiert wird.

Verstärkt ergreifen propalästinensische Gruppen und Organisationen die Initiative und versuchen, eine einseitig-verzerrte Darstellung der aktuellen politischen Situation und der Geschichte des Konfliktes zu propagieren. Diese einseitigen Darstellungen verfehlen ihre Wirkung nicht. Agitatoren aus diesen Gruppen gelingt es immer wieder, Ausstellungen und Projekte in Räumen ansonsten als seriös und vertrauenswürdig geltender Organisationen zu platzieren. Einzelne dieser Ausstellungen und Projekte werden zudem durch etablierte Einrichtungen im Inland unterstützt, die in Ermangelung der erforderlichen fachlichen Kompetenz zu einer kritischen Prüfung des zur Förderung anstehenden Vorhabens überhaupt nicht in der Lage sind.

Wir verurteilen diese Entwicklung aufs Schärfste. Die unkritische Verbreitung derart einseitiger Propaganda steht einer objektiven Meinungsbildung der Bevölkerung zum Nahostkonflikt entgegen. Sie steht auch allen Bemühungen, zu einem nachhaltigen

Deutsche Bank Stuttgart
Konto-Nr. 1 232 669, BLZ 600 700 70

Stuttgarter Volksbank AG
Konto-Nr. 200 897 004, BLZ 600 901 00

Die IRGW ist als gemeinnützig anerkannt. Steuerabzugsfähige Spendenbescheinigungen sind erhältlich.

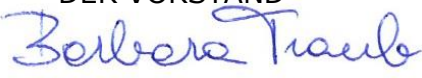
Frieden in Nahost zu gelangen, diametral entgegen, obgleich die Menschen in Israel und in den Autonomiegebieten eines solchen so dringend bedürfen. Denn nicht die Perspektive eines dauerhaften Friedens steht im Focus dieser Bemühungen, sondern der unbedingte Wunsch zu einer Delegitimierung Israels.

In Deutschland ist bereits jetzt eine zunehmend emotionale und in Teilen antisemitisch aufgeladene Atmosphäre spürbar. Vermeintliches oder tatsächliches Fehlverhalten israelischer Sicherheits- und Verteidigungskräfte aktuell oder wahlweise in der Vergangenheit dient als Legitimation aggressiven Verhaltens gegenüber Andersdenkenden sowie Menschen, die sich als Juden zu erkennen geben.

Insbesondere die Rolle kirchlicher Einrichtungen gibt immer wieder Anlass zur Beanstandung. Zu nennen sind konkret der Versuch zur Einladung von Vertretern einer international geächteten Terrororganisation, nämlich der Hamas zu einer Tagung, die Verbreitung des sog. „Kairos-Palästina-Dokuments“ aus dem Jahr 2009 sowie aktuell die Ausstellung „Nakba“ [arab. für Katastrophe], die vom evangelischen Entwicklungsdienst gefördert wurde und dieser Tage in einer katholischen Kirche in der Region Stuttgart gezeigt werden soll. Aber auch Einrichtungen wie Volkshochschulen stehen immer wieder in der Kritik, sich in diesem Konflikt politisch instrumentalisieren zu lassen.

Wir fordern die Verantwortlichen auf, ihrer Verantwortung gerecht zu werden und entsprechende Anliegen einer inhaltlichen Prüfung zu unterziehen. Der Hinweis auf Außenpluralität und ein großes Meinungsspektrum entbindet nicht von der Pflicht auch inhaltlich ausgewogen zu informieren. Es ist bedauerlich, dass es auch in Württemberg immer wieder zu solchen gezielten Fehlinformationen kommt, nachdem just in Beutelsbach bei Stuttgart 1976 mit dem „Beutelsbacher Konsens“ Prinzipien politischer Bildung in Schulen aufgestellt worden waren, die nach wie vor bundesweit den entscheidenden Maßstab setzen und weit über die Bildungsarbeit in Schulen Anwendung gefunden haben. Die Menschen im Nahen Osten benötigen unsere Solidarität und unsere Unterstützung **auf dem Weg zu einem dauerhaften Frieden**. Auch die palästinensische Sache bedarf keiner emotionalisiert-aufgepeitschten Schlachtenbummelei hier in Deutschland, sondern einer sachlich geführten Debatte.

DER VORSTAND


Prof. Barbara Traub M.A.

Vorstandssprecherin


Susanne Jakubowski


Michael Kashi